*Absender*

**Musterantrag**

An die

*zuständige Bezügestelle (LBV etc.; Adressat je nach Dienstherr anpassen!)*

*Datum*

Personalnummer: ……………………………………………………..

**Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch darauf, dass ihre Besoldung entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung gewährt wird. Dadurch soll dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation Rechnung getragen werden, welcher den Beamten die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichert und einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglichen soll.

Dazu hat das Bundesverfassungsgereicht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (Bundesverfassungsgericht, Zweite Senat in seinem Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung - Az.: 2 BvL 5/13 - ) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen. Diese verschärfen die Vorgaben aus der sog. W-Besoldungsentscheidung (vgl. Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 14. Februar 2012 – 2 BvL 4/10 – ) zur prozeduraler Sicherungen, damit die verfassungsrechtliche Gestaltungsdirektive des Art. 33 Abs. 5 GG tatsächlich eingehalten wird. Die Prozedurale Anforderungen bestehen mindestens in Form von Begründungs-, Überprüfungs- und Beobachtungspflichten insbesondere bei der kontinuierlichen Fortschreibung der Besoldungshöhe in Gestalt von regelmäßigen Besoldungsanpassungen. Das Bundesverfassungsgericht (vgl. Beschluss des Zweiten Senats vom 23. Mai 2017- 2 BvR 883/14 -- 2 BvR 905/14 –) hat zudem erneut das Abstandsgebot als einen eigenständigen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben, der in enger Anbindung zum Alimentationsprinzip und zum Leistungsgrundsatz steht.

Den mit Artikel 33 Grundgesetz vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in Berlin nicht nachgekommen.

Deshalb hat auch das Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht am 22.09.2017 in 5 Musterverfahren (Az. 2 C 56.16, 2 C 57.16, 2 C 58.16, 2 C 4.17 und 8.17) erneut die Frage vorgelegt, ob die den Berliner Beamten und Richtern gewährte Besoldung amtsangemessen ausgestaltet war.

Aktuell hat zudem auch das OVG Berlin Brandenburg am 11. Oktober 2017 einen Aussetzungs- und Vorlagebeschluss erlassen, der die Frage der Gewährung der amtsangemessenen Alimentation in Berlin zum Gegenstand hat (Az. 4 B 34.12) zum Gegenstand hat.

Im Hinblick auf diese Musterverfahren gehe ich davon aus, dass die mir gewährte Besoldung nicht ausreichend ist und beantrage ich

die Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung, die den in dem Urteil aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.

Gleichzeitig bitte ich bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts meinen Antrag ruhen zu lassen und auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen. Ich bitte um Rücksendung des beigefügten Formulars.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Muster Rücksendevordruck:

An

Name / Anschrift / Personalnummer des/der Betroffenen

**Widerspruch gegen verfassungswidrig zu niedrige Besoldung**

Sehr geehrte/r Frau/Herr \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,

hiermit wird bestätigt, dass wir Ihren o. g. Widerspruch gegen Ihre derzeitige Besoldung und ihren Antrag auf eine amtsangemessene höhere Alimentation unter Berücksichtigung der verfassungsgemäßen Anforderungen vom \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ ab dem 1. Januar 2017 am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ erhalten haben.

Wir erklären uns hiermit einverstanden, das o. g. Verfahren bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage ruhend zu stellen sowie auf die Einrede der Verjährung im Hinblick auf diese Ansprüche ab dem 1. Januar 2017 zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

(Name / Unterschrift / Dienststelle) (Ort, Datum)